

Richard U. Haakh

Richter am Verwaltungsgericht

Verwaltungsgericht Stuttgart

Allgemeines Verwaltungsrecht

Manuskripte zum Unterricht

Ausbildung für den höheren landwirtschafts-technischen Verwaltungsdienst

Ausbildungsgang Verwaltung und Recht

an der

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume
mit Landesstelle für landwirtschaftliche Marktkunde (LEL)

in Schwäbisch Gmünd

Stand: Januar 2011

alle Rechte vorbehalten ©

Haakh@VGStuttgart.Justiz.BWL.de

Inhalt

Vorwort

1. Begrüßung und Vorstellung
2. Vorstellung des Stoffplanes *Vermittlung des Basiswissens*

Der Unterricht wird in insgesamt 5 eintägigen Blöcken stattfinden.

Außerdem werden Sie am 05.07.2010 einer mündlichen Verhandlung am Verwaltungsgericht Stuttgart beiwohnen. Ich werde versuchen, landwirtschaftsrechtliche Fälle zu verhandeln.

Da wenig Zeit zur Verfügung steht, können wir nicht - wie bei den Inspektorenanwärttern - einen mehrtägigen Block mit Fallübungen durchführen.

Ohnehin sind 5 Tage mit 8x45 Min. nicht gerade viel Zeit für das ganze Stoffgebiet des AVR. Wir werden also sehr zügig den Stoff durcharbeiten müssen

Übersicht

I. Teil:

Thema sind die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen. Das war aber, wie ich gesehen habe, schon Thema in der letzten Woche. Deshalb werde ich das sehr schnell abhandeln. Betrachten Sie das als Wiederholung zu den Themen "Verwaltungsrecht und Verwaltung" sowie "Gesetzmäßigkeit der Verwaltung". Hinzu kommen Bemerkungen

- zur Rechtsmethodik und Rechtsanwendung
- zum Ermessen und zu unbestimmten Rechtsbegriffen.

II. Teil

Hier geht es um die Handlungsformen der Verwaltung und insbesondere um alles rund um den Verwaltungsakt. Ich will versuchen, davon bereits heute soviel als möglich zu behandeln. Lieber am Ende etwas Luft, als nicht mit dem Stoff durchkommen.

III. Teil

Er behandelt alles um die Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes, also insbesondere Rechtsgrundlagen, Zuständigkeit, Verfahrensregelungen, Fristen, Adressaten des Verwaltungsaktes. Außerdem behandle ich in diesem Teil auch fehlerhafte Ermessensentscheidungen.

IV. Teil

Hier geht es um die Fehlerfolgen, also die Auswirkungen, die ein rechtswidriger Verwaltungsakt hat. Dabei spielt die Frage eine Rolle, ob der rechtswidrige Verwaltungsakt wirksam ist bzw. ob er aufgehoben werden kann.

V. Teil

Der Verwaltungsakt bindet die Beteiligten. Also stellt sich auch die Frage, ob diese Bindungswirkung durchbrochen werden kann. Insbesondere geht es um die praxisrelevanten Fragen von Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten contra Vertrauensschutz, aber auch um das überlagernde EU-Recht.

VI. Teil

Schließlich wird der Rechtsschutz behandelt, je nach Zeitrahmen nur mit Schwerpunkt auf dem Widerspruchsverfahren.

Auslassen werde ich vermutlich den öffentlich-rechtlichen Vertrag und schlicht-hoheitliches Verwaltungshandeln.

3. Unterrichtsmethodik

Vortrag/Lehrgespräche mit vielen Fallbeispielen, Folien, Tafelaufschrieb

Angesprochene Gesetze/Vorschriften während der Erörterungen bitte stets lesen!

Das ganze LVwVfG (nur §§ 1 bis 51) muss möglichst umgehend mindestens einmal aufmerksam durchgelesen werden!!!

Fragen:

- was steht drin?
- wie ist das Gesetz aufgebaut?
- gibt es eine innere Logik, eine nachvollziehbare Struktur?

Im Übrigen gilt:

- Notwendigkeit von Fragen und Mitarbeit
- Feedback
- Kritik:

4. Unterrichtsmaterialien:

- Gliederung
- Arbeitsblätter und Folien
- Fallsammlung /Rechtsprechung zu AVR-Fällen aus dem Landwirtschaftsrecht
- Gesetze, insbesondere LVwVfG, LVG, LVwZG, VwGO

5. Literatur-Empfehlungen

Empfehlungen sind schwierig. Wer sich einen Überblick verschaffen möchte, geht ins Internet zu www.Amazon.de und gibt dort „Allgemeines Verwaltungsrecht“ ein. Dort kann man auch Schnäppchen jagen.

Einige zum Teil aber nicht mehr ganz aktuelle, aber dennoch recht gute Bücher zum Thema:

Allgemeines Verwaltungsrecht von Ute Vondung und Rudolf Schweickhardt (Broschiert – Januar 2004) Neu kaufen: EUR 32	Von Professoren der FHS Ludwigsburg/Kehl für das Studium an der FHS (allgemeiner nichttechnischer gehobener Verwaltungsdienst), recht ausführlich, sehr empfehlenswert
Übungen zum Verwaltungsrecht und zur Bescheidtechnik. Ein Übungsbuch zur Methodik der Fallbearbeitung von Hans Büchner, Gernot Joerger, und Martin Trockels (Broschiert - Januar 2006)	Das ist die Ergänzung zum „Schweickhardt“ für das FHS-Studium, aber auch sonst sehr instruktiv
Peter-Michael Huber, Allgemeines Verwaltungsrecht, Schaeffers Grundriß Verlag Decker & Müller, 2. A. 1997, EUR 17,80	Knappe Darstellung für Jurastudenten
Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungslehre. Ein Lehrbuch von Hans P. Bull und Veith Mehde (Broschiert - Oktober 2005)	Recht grundlegende Darstellung für Jurastudenten
Hartmut Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, C.H.Beck (2006), EUR 20,-	Die sehr umfangreiche und detaillierte Darstellung für das Jurastudium

Literaturliste aus Wikipedia:

Hofmann/Gerke: Allgemeines Verwaltungsrecht, mit Bescheidtechnik ..., 9. Aufl., Stuttgart 2005. ISBN 3-555-01353-X
Hartmut Maurer: Allgemeines Verwaltungsrecht, 16. Aufl., München 2006. ISBN 3-406-54297-2
Franz-Joseph Peine: Allgemeines Verwaltungsrecht, 7. Aufl., Heidelberg 2004. ISBN 3-8114-0819-4
Eberhard Schmidt-Aßmann: Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee, Grundlagen und Aufgaben der verwaltungsrechtlichen Systembildung, 2. Aufl., Berlin/Heidelberg 2004
Eberhard Schmidt-Aßmann (Hrsg.): Besonderes Verwaltungsrecht, 13. Aufl., Berlin 2005. ISBN 3-89949-195-5
Model/Creifelds: Staatsbürger-Taschenbuch: Alles Wissenswerte über Europa, Staat, Verwaltung, Recht und Wirtschaft mit zahlreichen Schaubildern. 31. neubearbeitete Aufl., München 2003, ISBN 3-406-50997-5
Bernd Müller: Verwaltungsrecht schnell erfasst; 2. Aufl. Berlin 1999, ISBN 3540658688
Müller, Roger: Verwaltungsrecht als Wissenschaft: Fritz Fleiner (1867-1937). Reihe "Studien zur europäischen Rechtsgeschichte", Band 198. Frankfurt/M.: Klostermann Verlag 2006, ISBN 978-3-465-03464-3
Papenheim/Baltes/Tiemann: Verwaltungsrecht für die soziale Praxis, 15. Aufl., Erlangen; ISBN 3935793006
Rolf Schmidt: Allgemeines Verwaltungsrecht, 9. Aufl. 2005, ISBN 3-934053-80-7
Rolf Schmidt: Besonderes Verwaltungsrecht I, 9. Aufl. 2005, ISBN 3-934053-81-5
Rolf Schmidt: Besonderes Verwaltungsrecht II, 9. Aufl. 2005, ISBN 3-934053-82-3
Rolf Schmidt: Verwaltungsprozeßrecht, 9. Aufl. 2005, ISBN 3-934053-83-1
Bosch/Schmidt: Praktische Einführung in das verwaltungsgerichtliche Verfahren, 8. Aufl. 2005, ISBN 3-17-018502-0
Horst Suckow: Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtsschutz; 13. Aufl. Köln 2000, ISBN 3555012223

Tettinger/Wahrendorf: Verwaltungsprozessrecht; 2. Aufl. Köln 2001, ISBN 3452247627

Arno Kahl/Karl Weber: Allgemeines Verwaltungsrecht, 1. Aufl. 2007, ISBN 978-3-7089-0004-9

Zum Schluss noch einige Tipps:

- Wer unter Google "Allgemeines Verwaltungsrecht" eingibt, kommt auf Google Books und kann dort ganze umfangreiche Lehrbücher zum Thema finden und lesen.
- Wikipedia enthält unter demselben Stichwort einen ziemlich umfangreichen und auf zahlreiche Begriffe verlinkten Artikel mit jeder Menge an zusätzlichen Informationen (s.o. die Literaturliste)
- Empfehlenswert finde ich durchaus das Manuskript von Frau ORRin Krüger zum AVR für Referendare. Zu finden im Intranet der Landwirtschaftsverwaltung.
- Und schließlich: auf der Internet-Seite www.Haakh-online.de finden Sie mein Manuskript im Pdf-Format zum Runterladen!

- Teil I Die Grundlagen des Verwaltungshandelns
 - 1. Verwaltungsrecht und Verwaltung
 - 1.1 Begriff des Verwaltungsrechts und Rechtsquellen
 - 1.1.1 Allgemeines - Besonderes Verwaltungsrecht
 - 1.1.2 Rechtsquellen des Verwaltungsrechts
 - 1.1.3 Unterscheidung der Rechtsnormen
 - 1.1.4 Anwendbares Verwaltungsverfahrenrecht
 - 1.2. Verwaltung
 - 1.2.1 Der Begriff und Träger öffentlicher Verwaltung
 - 1.2.2 Weitere Begriffe
 - 2. Gesetzesbindung, gebundene und freie Verwaltung
 - 2.1 Die Bindung der Verwaltung an Gesetz und Recht
 - 2.2 Gesetzmäßigkeit = Gesetzesvorrang + Gesetzesvorbehalt
 - 3. Rechtsmethodik
 - 3.1 Rechtsanwendung
 - 3.2 Aufbau der Rechtssätze
 - 3.3 Feststellung des Sachverhalts (s. dazu vertiefend: Verfahrensrechte)
 - 3.4 Grundmuster der Rechtsanwendung
 - 4. Ermessensverwaltung
 - 4.1 Begriff des Ermessens
 - 4.2 Erkennbarkeit von Ermessensspielräumen
 - 4.3 Ermessensspielräume in Sonderfällen
 - 4.3.1 Störerauswahl
 - 4.3.2 Verfahrensermessen
 - 5. Unbestimmte Rechtsbegriffe
 - 5.1 Rechtsbegriffe
 - 5.2 Bestimmte, unbestimmte Rechtsbegriffe
 - 5.3 Sonderfall: Beurteilungsspielräume (wird nicht behandelt)
- Teil II: Handlungsformen der öffentlichen Verwaltung insbesondere der Verwaltungsakt
 - 1. Arten des Verwaltungshandelns
 - 1.1 Unterscheidungen

- 1.2 Bedeutung der Unterscheidungen
- Exkurs: Die wichtigsten Klagearten im Verwaltungsprozess
- 2. Der Verwaltungsakt
 - 2.1 Funktionen und Begriff
 - 2.2 Rechtliche Grundlagen und Ausgestaltung:
 - 2.3 Def. Verwaltungsakt
 - 2.4 Abgrenzung der Merkmale:
 - 2.5 Erläuterungen/Exkurse zu einzelnen Merkmalen
 - 2.5.1 Das Merkmal "Behörde":
 - 2.5.2 Das Merkmal "auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts"
 - 2.5.3 Das Merkmal "zur Regelung"
 - 2.5.4 Das Merkmal "Einzelfall"
 - 2.5.5 Das Merkmal "mit unmittelbarer Außenwirkung"
 - 2.6 Arten von Verwaltungsakten
 - 2.6.1 Unterscheidungskriterien
- 3. Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten
 - 3.1 Begriff der Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt
 - 3.2 Arten von Nebenbestimmungen
 - 3.2.1 Die unselbständigen Nebenbestimmungen
 - 3.2.2 Die selbständigen Nebenbestimmungen
 - 3.3 Rechtsgrundlagen für Nebenbestimmungen
 - 3.3.1 gebundene Verwaltungsakte:
 - 3.3.2 Ermessensakte
 - 3.4 Besondere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
 - 3.5 Rechtsschutz gegenüber Nebenbestimmungen
 - 3.6 Beispiele
- 4. Form und Inhalt des Verwaltungsakts
 - 4.1 Form des Verwaltungsakts
 - 4.2 Inhalt des schriftlichen Verwaltungsaktes
 - 4.3 Andere Formen des Verwaltungsakts:
- 5. Bekanntgabe des Verwaltungsakts
 - 5.1 Begriff der Bekanntgabe
 - 5.2 Form der Bekanntgabe

- 5.1.1 einfache Bekanntgabe
- 5.2.2 förmliche Bekanntgabe
- 5.3 Heilung von Zustellungsmängeln, vgl. § 9 LVwZG
- 6. Die Zusage
 - 6.1 Begriff
 - 6.2 Abgrenzungen
 - 6.3 Rechtsnatur der Zusicherung
 - 6.4 Form
 - 6.5 Zuständigkeit
 - 6.6 Verfahren
 - 6.7 Zusammenfassung

- Teil III Voraussetzungen für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungsakts
 - 1. Die Rechtsgrundlage für den Verwaltungsakt
 - 1.1 Arten und Funktionen von Rechtsgrundlagen
 - 1.1.1 Ausgangslage
 - 1.1.2 Funktionen der Rechtsgrundlage:
 - 1.1.3 Arten von Rechtsgrundlagen
 - 1.2 Anspruchsgrundlagen
 - 1.2.1 Vorbemerkung
 - 1.2.2 Begriff
 - 1.3 Die Ermächtigungsgrundlage
 - 1.4 Zuordnung der Rechtsgrundlage zum Verwaltungsakt
 - 1.4.1 Auffinden der Rechtsgrundlage
 - 1.4.2 Grundsätze
 - 2. Die formellen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
 - 2.1 Die Zuständigkeit der Behörde
 - 2.1.1 Zuständigkeit und Behördenorganisation
 - 2.1.2 Zuständigkeitsbegriffe
 - 2.1.3 Behördenaufbau in Baden-Württemberg
 - 2.2 Die Zuständigkeitsregelung (Aufgabenzuweisung)
 - 2.2.1 Allgemeine Aufgabenzuweisung
 - 3. Das Verfahren zum Erlass des Verwaltungsakts

- 3.1 Anwendbares Verfahrensrecht
- 3.2 Begriff und Funktion des Verwaltungsverfahrens
 - 3.2.1 Begriff
 - 3.2.2 Zweck des Verwaltungsverfahrens
 - 3.2.3 Form des Verfahrens
 - 3.2.4 Beginn und Ende des Verwaltungsverfahrens
 - 3.2.5 Ende des Verwaltungsverfahrens
- 4. Die Personen im Verwaltungsverfahren
 - 4.1 Die Verfahrensbeteiligten
 - 4.1.1 Übersicht:
 - 4.1.2 Beteiligtenfähigkeit, § 11:
 - 4.1.3 Handlungsfähigkeit, § 12 LVwVfG:
 - 4.1.4 Beteiligte, § 13 LVwVfG:
 - 4.2 Bevollmächtigte und Beistände
 - 4.3 Ausgeschlossene Personen und Befangenheit
 - 4.3.1 ausgeschlossene Personen
 - 4.3.2 Besorgnis der Befangenheit
- 5. Die Feststellung des Sachverhaltes im Verwaltungsverfahren
 - 5.1 Amtsermittlungs-/Untersuchungsgrundsatz
 - 5.2 Mitwirkungspflicht der Beteiligten, § 26 II LVwVfG
 - 5.3 Beweiserhebung, § 26 f. LVwVfG
 - 5.3.1 Beweismittel
 - 5.3.2 Beweiswürdigung
 - 5.3.3 Beweislastprobleme
 - 5.3.4 Mitwirkung anderer Stellen
 - 5.3.5 Die Amtshilfe
- 6. Die Verfahrensrechte
 - 6.1. Beratung und Auskunft, § 25 LVwVfG
 - 6.2 Recht auf Akteneinsicht, § 29 LVwVfG
 - 6.2.1 Allgemeines
 - 6.2.2 Anspruchsvoraussetzungen
 - 6.2.3 Anspruchshindernisse, § 29 I S. 2, II LVwVfG
 - 6.3 Anspruch auf rechtliches Gehör, § 28 LVwVfG

- 6.4 Anspruch auf Geheimhaltung
- 6.5 Anspruch auf Begründung eines Verwaltungsakts, § 39 LVwVfG
- 7. Amtssprache
- 8. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung
- 8.1 Begriffe:
- 8.2 Rechtsgrundlagen
- 8.3 Wiedereinsetzung in die versäumte Frist
- 9. Die materiellen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
- 9.1 Prüfung der Voraussetzungen der Rechtsgrundlage
- 9.2 Die rechtlich möglichen Adressaten des VA
- 9.2.1 Grundsatz
- 9.2.2 Bereich der Gefahrenabwehr
- 9.3 Bestimmung der Rechtsfolgen
- 9.3.1 Gebundene Entscheidungen
- 9.3.2 Ermessensentscheidungen
- 10. Fehlerhafte Ermessensentscheidungen
- 10.1 Ermessensüberschreitung:
- 10.2. Ermessensmissbrauch
- 10.3. Ermessensreduzierung auf Null
- 11. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- 12. Prüfungsfolge (Schema)

Teil IV: Folgen eines fehlerhaften Verwaltungsakts

- 1. Fehlerhaftigkeit des Verwaltungsakt
- 2. Fehlerhaftigkeit des Verwaltungsaktes
- 2.1 Folgen der Fehlerhaftigkeit
- 2.2 Aufhebbarkeit des Verwaltungsaktes
- 2.3 Unterscheidungen im Einzelnen
- 2.3.1 Nichtakte:
- 2.3.2 Bloß unrichtige Verwaltungsakte (vgl. § 42 LVwVfG)
- 3. Der nichtige VA
- 3.1 Allgemeines

- 3.2 Die Nichtigkeitsgründe
 - 3.2.1 Aufbau von § 44 LVwVfG:
 - 3.2.2 Prüfungsfolge
 - 3.2.3 Die Nichtigkeitsgründe des § 44 Abs. 2
 - 3.2.4 Ausschluß der Nichtigkeit nach § 44 Abs. 3 LVwVfG
 - 3.2.5 Die evidenzabhängige Nichtigkeit nach § 44 Abs. 1 LVwVfG
 - 3.2.6 Teilnichtigkeit nach § 44 Abs. 4
 - 3.2.7 Rechtsbehelfe bei Nichtigkeit:
- 4. Der schlicht rechtswidrige VA
 - 4.1 Begriff
 - 4.2 Aufhebbarkeit
 - 4.3 Heilbarkeit
 - 4.4 Unbeachtliche Fehler
 - 4.4.1 Allgemeine Voraussetzung ist, dass
 - 4.4.2 Besondere Voraussetzung der Unbeachtlichkeit:
 - 4.4.3 Schaubild: Aufhebbarkeit von fehlerhaften Verwaltungsakten
- 5. Umdeutung

Teil V Bestandskraft des Verwaltungsaktes und deren Durchbrechung

- 1. Bestandskraft des Verwaltungsaktes
 - 1.1 Allgemeines
 - 1.2 Begriff der Bestandskraft
 - 1.2.1 formelle Bestandskraft
 - 1.2.2 materielle Bestandskraft
 - 1.2.3 Eintritt der materiellen Bestandskraft
 - 1.3 Durchbrechungen der materiellen Bestandskraft
 - 1.3.1 Grundsatz:
 - 1.3.2 Durchbrechung der materiellen Bestandskraft
 - 1.3.3 Andere Fälle des Wegfalles der materiellen Bindungswirkung
- 2. Rücknahme und Widerruf des Verwaltungsaktes
 - 2.1 Allgemeines
 - 2.2 Allgemeines zu Vertrauensschutz und Rücknahmeinteresse

- 2.3 Überblick über die Regelungen
- 2.4 Gemeinsame Grundsätze von §§ 48, 49 LVwVfG
 - 2.4.1 Vor und nach Eintritt der Bestandskraft
 - 2.4.2 Zuständigkeit
 - 2.4.3 auf Antrag/von Amts wegen
 - 2.4.4 Tatbestandsmerkmale
 - 2.4.5 Die Rechtsfolge der Aufhebung: Ermessen
- 2.2.6 Übersicht: Zeitliche Wirkung der Aufhebung
- 2.2.7 Die Ausschlussfrist
- 2.3 Rückforderung, § 49a LVwVfG
- 3 Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts, § 48 LVwVfG
 - 3.1 Der spezielle Vertrauensschutz nach § 48 II und III LVwVfG
 - 3.2 Schema zur Prüfung des Vertrauensschutzes in § 48 II und III LVwVfG
 - 3.3 Übersicht über § 48 LVwVfG
- 4. Spezielles zum Widerruf rechtmäßiger Verwaltungsakte, § 49
 - 4.1 Vertrauensschutz nach § 49 LVwVfG
 - 4.2 Übersicht
- 5. Aufhebungsregelungen im Bereich des Bundes- und Gemeinschaftsrechtes
 - 5.1 Bundesgesetze:
 - 5.1.1 allgemeines Bundesrecht
 - 5.1.2 spezielles Bundesrecht
 - 5.1.3 insbesondere § 10 MOG
 - 5.2 Der Einfluss des Gemeinschaftsrechts auf nationale Verfahrensvorschriften
 - 5.2.1 Verhältnis von Gemeinschaftsrecht zu nationalem Recht:
 - 5.2.2 Auswirkungen des EG-Rechts auf Rücknahme und Widerruf
 - 5.2.3 Die Modifizierungen nach Art. 73 der VO (EG) Nr. 796/2004
- 6. Wiederaufgreifen des Verfahrens
 - 6.1 Allgemeines:
 - 6.2 Prüfungsfolge nach § 51 LVwVfG
 - 6.3 Entscheidung der Behörde
 - 6.4 Schema

Teil VI Rechtsschutz

1. Allgemeines zum Rechtsweg
 - 1.1 Grundlage
 - 1.2 Andere Gerichtsbarkeiten
2. Rechtsschutz gegenüber Verwaltungsakten
 - 2.1 Das Vorverfahren
 - 2.1 Widerspruchsarten
 - 2.2 Ablauf des Vorverfahrens
 - 2.2.1 Behörden im Widerspruchsverfahren
 - 2.2.2 Zuständige Widerspruchsbehörde
 - 2.3 Zulässigkeitsvoraussetzungen:
 - 2.3.1 Statthaftigkeit des Widerspruchs
 - 2.3.2 Form des Widerspruchs
 - 2.3.3 Frist
 - 2.3.4 Widerspruchsbefugnis
 - 2.5 Begründetheit des Widerspruchs
 - 2.5.1 Der Widerspruch ist begründet, wenn
 - 2.5.2 Begriff der Zweckmäßigkeit
 - 2.5.3 Kontrollbefugnis der beteiligten Behörden
 - 2.6 Entscheidungen im Widerspruchsverfahren
 - 2.6.1 Abhilfebescheid
 - 2.6.2 Widerspruchsbescheid
 - 2.6.3. Rücknahme des Widerspruchs, Verzicht
 - 2.6.4 Die Kostenentscheidung im Widerspruchsverfahren
3. Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen (nur Überblick)
 - 3.1 Zulässigkeit der Klage
 - 3.2 Begründetheit der Klage

Teil VII: Vorläufiger Rechtsschutz

1. Einführung:
2. einstweiliger Rechtsschutz gegen belastenden Verwaltungsakten
 - 2.1 Grundsatz: die aufschiebende Wirkung nach § 80 Abs. 1 VwGO
 - 2.2 Ausnahmen: § 80 II 1. III VwGO

- 2.3 Anordnung des Sofortvollzugs, § 80 II 1 Nr. 4, III VwGO
- 2.4 Fallgruppen von gesetzlichem Sofortvollzug, § 80 II 1 Nr. 1 bis 3 VwGO
- 3. Rechtsschutz gegenüber dem Sofortvollzug
 - 3.1 Allgemeines:
 - 3.2 Aussetzung der Vollziehung nach § 80 IV VwGO
 - 3.3 Anordnung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht, § 80 V VwGO
 - 3.3.1 Zulässigkeitsvoraussetzungen:
 - 3.3.2 Begründetheit:
 - 3.3.3 Tenorierung
 - 3.3.4 Entscheidung durch Beschluss
- 4. Einstweiliger Rechtsschutz bei Leistungsbegehren
 - 4.1 Begriffe
 - 4.1.2 Unterschied (Faustformel)
 - 4.2 Voraussetzungen
 - 4.2.1 Zulässigkeit:
 - 4.2.2 Begründetheit: Anordnungsgrund + Anordnungsanspruch

Teil VIII: Das Verwaltungsvollstreckungsverfahren

- 1. Eigenarten des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens
 - 1.1 Allgemeines
 - 1.2 Vollstreckung von Verwaltungsakten durch Verwaltungsakte
 - 1.3 Vollstreckungsverfahren als Verwaltungsverfahren
 - 1.4 Abgrenzungen
- 2. Der Anwendungsbereich der Verwaltungsvollstreckungsgesetze
- 3. Unterscheidung nach der Art der Vollstreckungsverfahren
- 4. Cursorischer Überblick über das Beitreibungsverfahren nach dem LVwVG
- 5. Der Verwaltungszwang - die Erzwingung von Handlungspflichten
 - 5.1 Vollstreckungstitel
 - 5.1.1 vollstreckungsfähiger Verwaltungsakt
 - 5.2.2 vollstreckungsfähiger Inhalt
 - 5.2.3 inhaltliche Bestimmtheit
 - 5.2.4 Rechtswirksamkeit
 - 5.3 Vollziehbarkeit

- 5.3.1 Unanfechtbarkeit
- 5.3.2 Vollziehbarkeit
- 6. Die einzelnen Zwangsmittel des Verwaltungszwangs
 - 6.1 Überblick
 - 6.2 Die Ersatzvornahme
 - 6.3 Zwangsgeld
 - 6.4 Unmittelbarer Zwang
 - 6.5 Abgrenzungen von unmittelbarem Zwang:
 - 6.6 Exkurs
 - 6.6.1 Unmittelbarer Zwang und unmittelbare Ausführung einer Maßnahme
 - 6.6.2 Allgemeine und spezielle Rechtsgrundlagen des unmittelbaren Zwangs
- 7. Das Verhältnis der Zwangsmittel zueinander
 - 7.1 Vollstreckungsrechtliche Regelungen
 - 7.1.1 § 26 Abs. 2 LVwVG
 - 7.1.2 § 26 Abs. 3 LVwVG sowie § 52 Abs. 1 S. 2 PolG).
 - 7.1.3 Zwangshaft und Zwangsgeld
 - 7.2 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im übrigen
 - 7.2.1 Erfahrungswerte
 - 7.2.2 Subsidiarität von Zwangsgeld
 - 7.2.3 Im übrigen
- 8. Das Verwaltungszwangsverfahren
 - 8.1 Erste Stufe: Die Androhung
 - 8.2 Zweite Stufe: Die Festsetzung des Zwangsmittels
 - 8.3 Dritte Stufe: Die Anwendung des Zwangsmittels
- 9. Die Einstellung des Vollstreckungsverfahrens
- 10. Die Kosten des Vollstreckungsverfahrens
- 11. Beteiligte bei der Verwaltungsvollstreckung